



digd er sich beim Begünstigten für die Umstände. Und selbstverständlich hat die noch mit absoluter Mehrheit regierende SPD-Fraktion am 16. Februar die von der Opposition angestrenzte Ministerklage abgelehnt. Genau so, wie vor einiger Zeit die so genannte „Schwiegersohnaffäre“ des Innenministers Karl Peter Bruch (SPD) ausgesessen wurde, klar nach dem Motto, das man auf allen Begrüßungsschildern lesen kann, wenn man die Grenzen zu Rheinland-Pfalz passiert:

„Wir machen´s einfach“

350 Millionen EURO am Nürburgring verbrannt (Ministerpräsident Kurt Beck u.a.), dubiose Finanzgeschäfte mit einem „Berufsverbrecher“, (so Ingolf Deubel ehem. Finanzminister, SPD), 7 Millionen EURO für ein Hotel-Denkmal in Bad Bergzabern unter Missachtung aller Vorschriften und Richtlinien (Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch) und Rechts- und Verfassungsbruch durch den Justizminister Heinz-Georg Bamberg (SPD), sollten doch gute Gründe zum Nachdenken für die richtige Wahl am 27. März sein!

Zitate teilweise aus FOCUS 6/2011

Deshalb am 27. März !



Man wundert sich, oder auch nicht, ...

... wenn im **2. Bauabschnitt** von **Über Rück** die Straßenlampen unterschiedliche Farben haben. Die einen sind grün, wie in **Über Rück I**, die anderen sind unten zinkfarben und oben weiß. System oder Sinn ist nicht zu erkennen. Wer hat eigentlich das Neubaugebiet abgenommen? Bauausschuss und Gemeinderat, die etwas davon verstehen jedenfalls nicht!



Wer hat eigentlich beschlossen, die **Sporthalle** nach der Sanierung in diesem grellen Weiß "erstrahlen" zu lassen? Wer hat diese Baumaßnahme abgenommen? Bauausschuss und Gemeinderat, die dafür zuständig sind, waren jedenfalls mit dieser Aufgabe nicht befasst. Ein Alleingang der Ortsbürgermeisterin? Um zu sehen, wie man eine Außenfassade farblich gestalten kann, braucht man nur nach Mommenheim zu fahren.



Vor ein paar Jahren hat die Gemeinde viel Geld in neue **Buswartehäuschen** investiert. Das Wartehäuschen am Messigny-et-Vantoux Platz, an zentralster Stelle gelegen, mitten in unserem Dorf, ist seit Wochen ekel-erregend verdreckt. Welches Bild gibt Harxheim an dieser so stark frequentierten Stelle ab und wann kommt die Verwaltung endlich auf die Idee den Dreck entfernen zu lassen?



Und da gibt es auch noch eine **Geschwindigkeitsmessanlage**, die die FWG mit großem Einsatz und Aufwand beschafft und der Gemeinde gespendet hat. Die steht seit Monaten im Büro der Bürgermeisterin. Wohl nach dem Motto: "Gut Ding braucht Weile". Oder will sie damit ihre eigene Arbeitsgeschwindigkeit messen?



Harxheim aktuell



CDU-Notizen und Informationen aus unserem Dorf

Februar / März 2011

Der Haushalt ...



... ist das wohl wichtigste Instrument, von dem alles abhängt, was im Laufe eines Jahres - und zum Teil weit darüber hinaus - die Geschicke unserer Gemeinde bestimmt. Im Haushaltsplan steht, ob und was sich Harxheim im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger leisten kann und darf. Das sind Investitionen in neue Baugebiete, die Sanierung der Sporthalle, die Erweiterung des Kindergartens, aber auch die Reparaturen der Gemeindestraßen und vieles mehr. Kurzum alles was Geld kostet und woher es kommt steht im Haushaltsplan. Aus dem Haushalt ist aber auch zu erkennen, wohin sich die Gemeinde in Zukunft entwickelt, oder ob Stillstand und damit Rückschritt das Ziel ist. Diese Aussagen finden sich im Investitionsplan wieder.

In den Jahren einer CDU geführten Verwaltung wurde den Fraktionen angeboten sich frühzeitig in die Aufstellung des Haushalts mit ihren Vorstellungen und Ideen einzubringen. Ziel war, den Haushalt so früh wie möglich zu verabschieden um die Gemeinde handlungsfähig zu halten. SPD und FWG lehnten diese Angebote aus leicht durchschaubaren Gründen leider immer wieder ab. Der Haushalt **2009**, den Ortsbürgermeisterin Knüpper-Heger (CDU) noch zu verantworten hatte wurde am 04.12.2008 in den Ausschüssen beraten und am **11.12.2008** im Gemeinderat beschlossen. Der Haushalt **2011** kam einfach nicht in die Gänge. Gewundert haben wir von der CDU uns, dass die anderen Gemeinden in unserer Verbandsgemeinde ihren Haushalt im Dezember des vergangenen Jahres schon beraten hatten und mittlerweile verabschiedet haben, wir aber über keinerlei Informationen verfügten. Warum war das so?

An diese Erklärung hätten wir nicht im Traum gedacht:

Die Ortsbürgermeisterin hatte vergessen die Haushaltsberatung auf die Tagesordnung des Gemeinderats vom 14. Dezember 2010 zu setzen.

Mitte Januar 2011 wurde den Ratsmitgliedern der Haushaltsplan 2011" ausgehändigt. Die Bürgermeis-terin war erkrankt und er nicht ausreichend informiert. Die Verweisung in die Ausschüsse war die logische Folge. Geht es geordnet erfolgt die erste Beratung am 15. März in den Ausschüssen und am 23. März im Gemeinderat. Dann soll nach den erforderlichen Korrekturen - der ne Haushaltsentwurf ist mit einer Viel-behaftet - in der Gemeinderatssitzung und Beschlussfassung erfolgen.



Bis er dann von der Genehmigungsbe-hörde geprüft, öffentlich ausgelegt und damit rechtskräftig geworden ist, sind wir mitten im Sommer. Bis dahin darf die Gemeinde Geld nur für die so genannten „Pflichtaufgaben“, das sind z. B. die Löhne und Gehälter, oder die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung, ausgeben. Andere, unaufschiebbare Ausgaben müssen im Einzelfall von der Finanzabteilung der Verbandsgemeinde genehmigt werden.

Die CDU Fraktion hat ihre Hausaufgaben gemacht. Sie hat in einer Klausur den „unfertigen“ Haushaltsentwurf Punkt für Punkt durchgearbeitet, Fehler festgestellt, Verständnisfragen aufgeworfen und Verbesserungsvorschläge und Ergänzungen herausgearbeitet, die sie der Verwaltung frühzeitig zur Verfügung stellen wird. **Die CDU Fraktion wird alles daran setzen und beantragen, dass der Haushalt am 23. März abschließend (!) beschlossen werden kann.**

Ihr
Wolfgang Becker



Viele Fragen - keine Antworten

Die Fraktionen oder einzelne Ratsmitglieder können im Gemeinderat Anträge und/oder Anfragen zu die Gemeinde betreffenden Angelegenheiten stellen. Nach der Gemeindeordnung hat die Ortsbürgermeisterin die aus Anträgen resultierenden Beschlüsse ohne Wenn und Aber auszuführen und die gestellten Anfragen kurzfristig schriftlich, oder falls beantragt, mündlich zu beantworten. Dieser gesetzlichen Verpflichtung kommt die Ortsbürgermeisterin nicht nach. Schon im ersten Amtsjahr musste sie von der Kommunalaufsicht zweimal zur Beachtung der Gesetze ermahnt und aufgefordert werden. **Eine Blamage, wie sie kaum größer sein kann.** Genützt hat es nicht - Beschlüsse des Gemeinderats und Anfragen verschwinden bei ihr unerledigt in der Schreibtischschublade. Oder vielleicht sogar in der "braunen Papiertonne"? Eines muss man ihr allerdings lassen: Sie behandelt die Fraktionen gleich, denn auch Anträge der Kolleginnen und Kollegen der SPD nehmen den gleichen Weg (braune Papiertonne?), wie die der CDU, nur die merken es wohl nicht, oder wollen es nicht merken.

Einige Beispiele:

Antrag: SPD 17. Februar 2010 (!) "Aufstellung von Schau- und Briefkästen"

Beschluss: Gemeinderat am 28. April 2010

Ergebnis: Unerledigt seit **10** (!) Monaten.

Antrag: 17. Juni 2010 "Vergabevollmacht für das Außengelände des Kindergartens"

Beschluss: Gemeinderat 24. Juni stimmt zu, er ist über die Ausschreibung und Vergabe in der nächsten Gemeinderatssitzung zu informieren.

Ergebnis: Unerledigt seit **8** (!) Monaten

Anfrage: CDU 2. Dez. 2010 "Beschwerden Blockhaus und Jugendkonzept"

Beschluss: Es findet ein Termin mit allen Betroffenen statt.

Ergebnis: Unerledigt seit **3** Monaten

Anfrage: CDU 7. Dez. 2010 zu "Abbau der öffentlichen Telefonzelle"

Ergebnis: Unerledigt seit **3** Monaten

Anfrage: CDU 13. Jan. 2011 "Entwicklung der Kita im Zusammenhang mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ab August 2013"

Ergebnis: Unerledigt seit **2** Monaten

Die Liste lässt sich fortführen. Deshalb hat der Fraktionsvorsitzende der CDU in der letzten Gemeinderatssitzung am 3. Februar erneut eine Liste vieler offener Fragen und eine persönliche Erklärung zur Arbeitsweise der Ortsbürgermeisterin zu Protokoll gegeben. Nachzulesen in der nächsten Ausgabe des Amtsblatts. Auch die Kommunalaufsicht beschäftigt sich wieder mit der "Arbeitsverweigerung" der Ortsbürgermeisterin.

Neujahrsempfang der CDU Harxheim

Johannes Gerster zur politischen Entwicklung

Mit vielen Gästen begrüßte die CDU Harxheim in der Gutsschänke Reßler das Neue Jahr. Die Vorsitzende Ursula Knüpper-Heger blickte auf ein sehr erfolgreiches Jahr mit zahlreichen interessanten und gut besuchten Veranstaltungen zurück. Mit besonderer Freude konnte sie von einer außergewöhnlich positiven Mitgliederentwicklung berichten. Auch für das Neue Jahr stehen wieder viele Aufgaben und Aktivitäten an, bei denen sich die Harxheimer CDU aktiv engagieren wird.

Harxheim ist stolz auf zwei Weinmajestäten, die Rheinheische Weinprinzessin Jennifer Ackermann und die Harxheimer Weinprinzessin Tanja Böhm, die Grußworte sprachen.

Zur musikalischen Begleitung des Neujahrsempfangs spielten Carola Christ (Violine) und Angelika Hülshoff (Klavier) Stücke von jüdischen Komponisten und stimmten damit auf den Vortrag des Ehrengastes ein.

Johannes Gerster berichtete von seinem langjährigen Wirken als Leiter der Konrad Adenauer-Stiftung in Jerusalem.



Mit vielen Beispielen und Anekdoten erläuterte er seinen schwierigen Einsatz in der Vermittlung zwischen den Juden und Palästinensern, ohne dabei Partei für die eine oder die andere Seite zu ergreifen.

Johannes Gerster gab einen Überblick über die weltpolitische Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg und seine Prognose für das Neue Jahr ab. Für die in diesem Jahr anstehenden Landtagswah-



len geht er von einer weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft aus. Den beiden großen Volksparteien gelingt es dabei immer weniger ihre Zielgruppen zu erreichen.

In der Weltpolitik ist von den beiden ehemaligen Großmächten USA und Russland nur noch eine (USA) übriggeblieben, deren Einfluss in den nächsten Jahren schwinden wird. In der Zukunft wird eine größere Zahl von Staaten eine starke Rolle in der Weltpolitik spielen: Neben die USA und Russland werden dann China, Indien und Brasilien treten. Eine große Bedeutung der EU sieht Herr Gerster in diesem Zusammenhang nicht, weil die EU nicht bereit ist, diese Verantwortung zu übernehmen.

Mit stürmischem Applaus für die vortreffliche Rede des Ehrengastes und Grußworten der Landtagsabgeordneten Dorothea Schäfer und dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bodenheim, Dr. Robert Scheurer, klang der Neujahrsempfang mit Harxheimer Weinen, lukullischen Leckerbissen und dem Besuch der Sternsinger aus.

Rheinland-Pfalz wählt

Erst war der große Name da und dann das große Nichts. Der Nürburgring: Vor eineinhalb Jahren eröffnete „Erlebnispark“, neben der legendären Rennstrecke, menschenleere Geschäfte und verwaiste Showrooms großer Automobilmarken. Die Idee, aus dem Rennparcours in der Eifel eine mitteleuropäische Ausflugsattraktion mit Allwettercharakter zu machen, stammt von der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Einkaufsmeile, Rennsportmuseum, Achterbahn, Kneipendorf und ein neues Tagungshotel sollten 500.000 Besucher pro Jahr zusätzlich anlocken und mit dem Spektakel die Wirtschaft in der strukturschwachen Region richtig Fahrt aufnehmen. Experten warnten vergeblich vor dem tollkühnen Großprojekt. Doch Ministerpräsident Kurt Beck (SPD), der sich gern als Wohltäter sieht, wie einst schon beim 1. FC Kaiserslautern, gab Gas. "Das löst Impulse bis zum Rhein und an die Mosel aus", verbreitete er damals gnadenlosen Optimismus. Sicher hatte sich der ehemalige SPD-Bundesvorsitzende und potenzielle Kanzlerkandidat für den Bundestagswahlkampf 2009 wohl auch ein Denkmal setzen wollen, das den Steuerzahler mittlerweile 350 Millionen Euro kostete. Die angestrebte private Finanzierung war kläglich gescheitert. Nun kommen die laufenden Verluste hinzu.

Reichlich spät hatte Beck im Sommer 2009 die Notbremse am Ring gezogen. Bis dahin ließ er seinen Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) immer abenteuerlichere Konstruktionen verkünden. Am Ende musste der Landesminister, der wie ein Geisterfahrer agiert hatte, zurücktreten. Geschäftsführer Kafitz wurde fristlos gefeuert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen wegen Untreue gegen beide SPD-Genossen. Vernichtend klingt schon der erste öffentliche Bericht des Landesrechnungshofs. Die Geschäftsführung der Nürburgring GmbH und der Aufsichtsrat mit Deubel an der Spitze hätten "die gebotene Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns bei der Auswahl von Geschäftspartnern vermissen lassen". Im Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH saß auch Carsten Kühl (SPD), damals Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und heute Nachfolger Deubels als Finanzminister

"König Kurt", der in Rheinland-Pfalz seit fünf Jahren mit absoluter Mehrheit regiert, zieht auch bei kleineren Projekten die Strippen, zum Beispiel als ein Kavaliersbau aus dem 18. Jahrhundert in seiner Geburtsstadt Bad Bergzabern zu einem 4-Sternen-Hotel ausgebaut werden sollte. Da stiegen die Kosten von 3,1 auf rund sieben Millionen Euro. Das SPD-Innenministerium hatte eine Förderung von 90 Prozent zugesagt, obwohl dies nach Feststellung des Landesrechnungshofs "nicht im Einklang mit den Förderbestimmungen" stand.

Beck, der sich in dieser Angelegenheit zunächst als unbeteiligt dargestellt hat, sieht sich durch ein Schreiben widerlegt. Darin wies die Staatskanzlei das für Denkmalschutz zuständige Kultusministerium am 8. September 2008 herrisch darauf hin, dass das "Leuchtturmprojekt" leider keine Fortschritte mache. "Auf Wunsch des Ministerpräsidenten" solle bald mit dem Umbau des denkmalgeschützten Objekts begonnen werden. Nach diesem Brief lag die behördliche Genehmigung prompt einige Wochen später vor.

Der Bericht des Rechnungshofs liest sich wie eine Anklage. "Dem Land droht der Verlust der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit."

Am 4. November 2010 wurde es höchststrichtrich bestätigt: Der rheinland-pfälzische Justizminister Heinz-Georg Bamberger hat geltendes Recht gebrochen und gegen die Verfassung verstoßen, als er in einer Hau-Ruck-Aktion einen ihm genehmen Kandidaten zum Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz ernannt hat. Statt Konsequenzen zu ziehen, schützt Ministerpräsident Beck den Minister. Statt sich beim Opfer zu entschuldigen, entschul-